

Samstag, 01. August 2020, Mündener Allgemeine / Lokales

Streit um die heimischen Wälder

Mielenhäuser Realgemeinde kritisiert Ideen zum Artenschutz

VON PETRA SIEBERT



Jens Wesemann. Er ist Vorsitzender der Realgemeinde Mielenhausen und Mitglied im Forstbeirat des Forstamtes Münden. Er sieht die Unterschriftenaktion zum Schutz der Artenvielfalt kritisch. Foto: petra siebert

Mielenhausen – Auf Interesse stieß kürzlich eine Unterschriftenaktion in Hann. Münden, bei der es um den Erhalt und den Schutz der Artenvielfalt in der Natur ging. Damit sollte das kürzlich angelaufene niedersächsische Volksbegehren „Artenvielfalt“ sowie die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“, unterstützt werden.

Die Nutzungseinschränkungen für die Landwirtschaft sollen nach den

geforderten gesetzlichen Änderungen ausgeglichen werden. „Einige der geforderten gesetzlichen Änderungen werden große Auswirkungen auf die Bewirtschaftung unserer Wälder haben“, sagt dazu Jens Wesemann. Er ist Vorsitzender der Realgemeinde Mielenhausen und Mitglied im Forstbeirat des Forstamtes Münden.

„Wir vom Privat-, Kommunal- Genossenschafts- und Landeswald, begrüßen diese Aktion“, betont Wesemann. „Auch uns liegt daran, mehr artenreiche Wiesen und Weiden sowie einen naturnahen Wald zu schaffen“.

Da vom Gesetzentwurf alle Waldbesitzer betroffen sind, müssten auch für das Wirtschaftsunternehmen Wald die Nutzungseinschränkungen ausgeglichen werden. Doch für die Waldbesitzer sind keine Ausgleichszahlungen vorgesehen. Es heißt: Mehr Natur im Wald, Alt- und Totholz sind Lebensräume für Käfer, Pilze und Spechte. Höhlen- und Habitatsbäume müssen erhalten werden.

Das alles wird schon seit längerem praktiziert. Durch Sturm und Trockenheit sind bei Fichten und Buchen große Schäden entstanden, die Kahlfelder müssen aufgeforstet werden mit Baumarten, die auch in 100 Jahren noch vorhanden sein müssen. Da entstehen für die Realgemeinde und die Forstgenossenschaften hohe Kosten.

Nach dem neuen Gesetzentwurf werden nur noch standortgerechte in Europa heimische Baumarten finanziell gefördert. Und das, obwohl viele der heimischen Bäume gefährdet sind. Denn nach Ulme, Esche und Erle durch Pilzbefall, ist jetzt auch der Ahorn gefährdet durch die Russrindenkrankheit sowie die Eiche durch den Eichenprozesspinner.

Douglasien, Roteichen und Küstentannen scheiden aus, obwohl sie mit der Trockenheit besser klar kommen als die einheimischen Bäume.

„In Eigenverantwortung und auf eigene Kosten haben wir Schwarznuss, Walnuss und Linde angepflanzt“, berichtet Wesemann. „Der Wald allgemein wird sich gravierend verändern, das bedeutet, dass wir jetzt die Weichen für die Zukunft stellen müssen“. Im Gesetzentwurf ist auch festgehalten, dass Bäume mit seltenen Flechten, wo-

von es einige hundert Arten in Deutschland gibt, als Biotop geschützt werden müssen und nicht gefällt werden dürfen. Da stellen sich die Mitglieder die Frage, wer das außer Biologen erkennen kann. Da müsste ein Ausgleich für Nutzungsausfall gezahlt werden.

Auch soll kein forstliches Fachpersonal bei der Überwachung und Genehmigung mehr eingesetzt werden. Der Vorschlag: Umweltverbände und Naturschutzorganisationen sollen das übernehmen. „Wozu haben wir studierte Forstingenieure“, fragt sich Jens Wesemann.

Um wirtschaftlich mit Vertragsnaturschutz und Waldumweltmaßnahmen arbeiten zu können, müssen die Auflagen in FFH Gebieten finanziell ausgeglichen werden. Die Bereiche sind spezielle europäische Schutzgebiete. Nach Darstellung von Wesemann wird das in anderen Bundesländern so praktiziert.

Die Betreuungsstrukturen durch forstliches Fachpersonal sollen bleiben. Die Antragstellung für Fördermaßnahmen und die Erweiterung der Förderung für langjährige Pflege der Aufforstungsflächen soll vereinfacht werden. Außerdem soll die Förderung klimastabiler Baumarten beibehalten und auch erweitert werden.